

Antrag

der Abg. Sascha Binder und Nicolas Fink u. a. SPD

Einführung Lebensarbeitszeitkonten für Beamtinnen und Beamte

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. was sie unter einem Lebensarbeitszeitkonto versteht;
2. wann und in welcher Form ein solches Lebensarbeitszeitkonto aufgebaut und ebenso wieder abgebaut werden kann;
3. welchem Personenkreis in welcher Altersstruktur ein solches Lebensarbeitszeitkonto zugänglich sein soll (Altersstruktur in Fünfjahresschritten dargestellt);
4. wie der aktuelle Umsetzungsstand der Einführung von Lebensarbeitszeitkonten für Beamtinnen und Beamte in Baden-Württemberg ist;
5. welche Ministerien auf welcher Ebene derzeit in den Abstimmungsprozess eingebunden sind;
6. ob bereits ein innerhalb der verschiedenen Ressorts abgestimmtes Eckpunktepapier zur Konzeption des Lebensarbeitszeitkontos vorliegt;
7. ob es zutrifft, dass die Landesregierung das sogenannte hessische Modell präferiert und wie sie gegebenenfalls diese Präferenz unter besonderer Darstellung der Vor- und Nachteile begründet;
8. ob die Landesregierung plant, die in § 4 der Arbeitszeit- und Urlaubsverordnung geregelte Arbeitszeit für Beamtinnen und Beamte zu reduzieren und wie sie eine solche Reduktion mit der Einführung eines Lebensarbeitszeitkontos zu verbinden gedenkt;
9. ob die Landesregierung an der im Rahmen des beamtenpolitischen Spitzengesprächs im November 2022 kommunizierten Einführung von Lebensarbeitszeitkonten zum 1. Januar 2024 festhält;
10. welche relevanten Beratungs-, Planungs- und Umsetzungsschritte nach welchem Zeitplan bis zur Einführung der Lebensarbeitszeitkonten geplant sind;
11. welche Verbände zu welchem Zeitpunkt auf welche Weise durch welche Stelle der Landesregierung in die Beratung zur Ausgestaltung der Lebensarbeitskonten eingebunden werden;
12. ob sie so, wie es der TV-L vorsieht, die wirkungsgleiche Übernahme möglicher Regelungen zu Lebensarbeitszeitkonten auch für Tarifbeschäftigte im öffentlichen Dienst plant;

13. ob sie für kommunale Dienstherrn eigene Gestaltungsmöglichkeiten einräumt.

10.5.2023

Binder, Fink, Ranger, Hoffmann, Gruber, Rivoir SPD

Begründung

Im Koalitionsvertrag ist vereinbart, sich für die Einführung eines Lebensarbeitszeitkontos für Beamtinnen und Beamten einsetzen zu wollen. In mehreren öffentlichen Äußerungen von Mitgliedern der Landesregierung wurde die Vorlage eines entsprechenden Entwurfs für dieses Jahr und die Einführung des Lebensarbeitszeitkontos für dem 1. Januar 2024 angekündigt. Der Antrag fragt nach dem aktuellen Planungs- und Umsetzungsstand dieses Vorhabens.